Sachsen-Anhalt diskutiert über Staatsvertrag mit Muslimen

22. Februar 2016

Magdeburg (KNA) Sachsen-Anhalts Kultusminister Stephan Dorgerloh (SPD) schließt einen Staatsvertrag mit muslimischen Gemeinden nicht aus. Im neu gegründeten Islamforum des Landes solle „perspektivisch auch über mögliche Formen eines islamischen Religionsunterrichts oder den Umgang mit muslimischen Feiertagen“ geredet werden, sagte Dorgerloh am Donnerstag in Magdeburg der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). „Ob dazu gleich ein Staatsvertrag notwendig wird, muss sich erst noch zeigen.“

Das Nachbarland Niedersachsen will einen solchen Vertrag bis zur Jahresmitte unterzeichnen. Bisher haben Hamburg und Bremen ein ähnliches Abkommen mit muslimischen Verbänden abgeschlossen.

In dem vergangenen Dezember in Sachsen-Anhalt gegründeten Islamforum ist neben dem Kultusministerium und den islamischen Gemeinden auch die Integrationsbeauftragte des Landes, Susi Möbbeck, vertreten. Schwerpunkt des Forums sei zunächst „die seelsorgliche und praktische Begleitung von Flüchtlingen“, so Dorgerloh. Es gehe verstärkt darum, wie „Flüchtlinge in den muslimischen Gemeinden im Land eine religiöse Heimat finden können, damit sie auch einen Platz in der Mitte der Gesellschaft einnehmen können“.

Die muslimischen Gemeinden vor Ort seien bei der Integration „ganz wichtige Anlaufstellen“, obwohl ihre Arbeit „selten im Blickpunkt“ stehe, erklärte Dorgerloh. Menschen, die vor 10 oder 20 Jahren nach Deutschland gekommen seien, wüssten aus eigener Erfahrung, welche Schwierigkeiten zu meistern seien und wie wichtig das Erlernen der Sprache sei. Durch den Flüchtlingszuzug ist nach Angaben der fünf muslimischen Gemeinden in Sachsen-Anhalt deren Mitgliederzahl im vergangenen Jahr von rund 1.000 auf 2.300 gestiegen. Gemeinde-Neugründungen stehen in Hettstedt, Naumburg und Wittenberg an. Die Gemeinde in Halle ist aus Platzmangel auf der Suche nach einer neuen Immobilie.

(KNA – qkmls-89-00052)

Stand: 17. November 2026